

Bezugspreis:

Wochenblatt, 30.- M., monatl. 10.- M. ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Normzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: EW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 28. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., EW 68, Lindenstr. 3

Poehners Ende.

Der Polizeipräsident Poehner ist heute zurückgetreten. Er erklärt, daß die Verhältnisse es nach seiner Überzeugung noch nicht gestatten, die bewährten Bestimmungen des bayerischen Ausnahmegesetzes preiszugeben...

Das „Miesbacher Tageblatt“ ist heute unter Vorzensur gestellt worden.

Sozialdemokratie und Regierungsbildung.

München, 27. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die entscheidende Tagesfrage, die in den Münchener Blättern diskutiert wird, ist nicht mehr, ob deutschnationaler Kurs oder Kurs der Mitte, sondern ob Zusammenarbeiten zwischen Bürgerum und Arbeiterklasse im Sinne der bestehenden Regierungsbildungen im Reich und in Preußen...

Keine Ententehilfe für Rußland!

Genf, 27. September. (WTB.) In zweifelhafter Beratung brachte die 6. Kommission des Völkerbundes den Beweis, daß das geplante Hilfswort für Rußland seitens des Völkerbundes so gut wie gescheitert ist. Zuerst sollen die Beratungen morgen fortgesetzt werden, um noch verschiedene Vorschläge zugunsten Rußlands zu prüfen...

In ergreifenden Worten beklagte Ransen, daß die Kredit-Hilfe verweigert wird, und protestierte gegen den ungeheuren Eigenfeldzug.

den eine Abgenutzte mit politischem Ziel gegen die Hilfsaktion organisiert habe. Die Tatsache, daß 20 Millionen Menschen vom Tode bedroht seien, sei so furchtbar, daß er unmöglich glauben könne, Europa werde mit verschränkten Armen zusehen.

Bundesrat Wotta, der ebenfalls starkes Mitgefühl für Rußland ausdrückte, wies darauf hin, daß es sich leider um eine Kompetenzfrage

handelt! Die Kommission könne sich nicht an den von Ransen mit der Sowjetregierung abgeschlossenen Vertrag halten, weil Ransen als Beauftragter der Internationalen Konferenz, nicht aber als Beauftragter des Völkerbundes gehandelt habe.

Lord Robert Cecil forderte, daß die Regierungen jetzt offen aussprechen, daß sie nicht in der Lage sind, Kredite zu gewähren, damit der Völkerbund frei von Verantwortung sei. Er wünschte, daß, falls die Finanzlage sich ändere, der Völkerbundrat, dem Ransen als Oberkommissar noch beigegeben wird, zur Fortführung der Organisation ermächtigt wird.

Ransen, der nochmals gegen den Eigenfeldzug protestierte, wies auf die erschütternde Tatsache hin, daß die Not in Rußland täglich steigt, während die Regierungen in Europa

eine Konferenz nach der anderen

einsehen, die nichts Positives erzielen und nur die kostbare Zeit vergeuden. Der englische Vertreter Fisher gab hierauf die Erklärung ab, daß die Regierungen tatsächlich offiziellen Kredit nicht gewähren wollen. Obgleich England davon überzeugt sei, daß die Sowjetregierung aus eigenen Mitteln die notwendigen Lebensmittel kaufen könne, sei er mit der Streichung der Anspielung auf die russischen Geldmittel einverstanden.

weit aufstun müssen, ehe sie sich entschließt einer Einladung zu folgen, d. h. sich auf ein klares positives Programm festzulegen, damit an dem, was dem allgemeinen Wohl zuliebe geschehen müßte, nicht hinterher getadelt und gemäkelt wird.

In reaktionären Kreisen wird seit einigen Tagen die Frage erörtert, ob mit Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht auch die politische Abteilung des Münchener Polizeipräsidiums aufgelöst wäre. Man gibt noch heute den Rechtsabstoßgewissen Veranlassung, dafür zu sorgen, gewisse Akten nicht in unbefugte Hände kommen zu lassen.

Die Sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages stellt heute nachmittag an die Regierung folgende Anfragen: 1. Ist die Staatsregierung bereit und in der Lage, auch den Versuch zu verhindern, daß Akten des Polizeipräsidiums in den Besitz von Privatorganisationen oder Personen kommen? 2. Welche Maßnahmen sind getroffen, um eine Aktenstiehung zu verhindern?

Moskau rede!

London, 28. September. (WTB.) Ransen hat Tschitscherin telegraphisch um Mitteilung ersucht, ob die Nachricht, daß 14 Mitglieder des altrussischen Hilfskomitees zum Tode verurteilt worden seien, den Tatsachen entspreche. Eine Antwort auf dieses Telegramm ist bisher noch nicht eingegangen.

Regierungskrise in Wien.

Wien, 28. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Wegen der westungarischen Frage und wegen der Verzögerung der Gelebigung der Gesandtschaften über die Anglo- und die Länderbank dürfte die Regierung Schoder zurücktreten.

Die Rechtsausgleichung.

Wien, 28. September. (Korr.-Bureau.) Die Verhandlungen wegen der gegenseitigen Anerkennung der Reisezeugnisse der deutschösterreichischen Mittelschulen und der deutschen höheren Lehranstalten sind zum Abschluß gelangt. Es ergeben gleichzeitig in Deutschösterreich und Deutschland Verfügungen, welche den Absolventen der österreichischen Mittelschulen die Hochschulen Deutschlands, jenen der höheren Lehranstalten Deutschlands die österreichischen Hochschulen eröffnen und für die Studierenden dieser beiden Länder die lange angestrebte volle Freizügigkeit im Besuche der Hochschulen des deutschen Sprachgebietes zur Tatsache machen.

Frieden mit Deutschböhmen?

Prag, 27. September. (WTB.) „Narodni Politika“ schreibt: Es ist kein Geheimnis, daß der neue Ministerpräsident (Benesch) von ernstlich den Versuch unternommen wird, das Verhältnis der Minderheiten, besonders das Verhältnis der Deutschen zur tschechoslowakischen Republik zu regeln. Man darf als gewiß annehmen, daß zwischen den Deutschen und der Regierung neue Beziehungen angeknüpft werden, die vielleicht dem deutschen parlamentarischen Verbands die Rückkehr in die Nationalversammlung ermöglichen dürften.

Nur die Gewährung voller Autonomie im Rahmen des Staates kann die Deutschen in der Tschechoslowakei befriedigen und zu guten Bürgern machen, nur dies aber auch die Einlösung der feierlichen Ankündigung sein, daß dieser Staat eine neue Schweiz sein wolle.

Erzbergers Mörder in Kopenhagen?

Kopenhagen, 28. September. (WTB.) Die Kopenhagener Polizei ist gestern von der deutschen Polizei ersucht worden, festzustellen, ob sich die Mörder Erzbergers, der Kaufmann Schulz und der Student Wassen, in Dänemark aufhalten. Dem Blatte „Kotzebund“ zufolge erhielten Verwandte des einen Mörders einen mit dem Kopenhagener Poststempel versehenen Brief der Mörder,

Wohlfahrtspflege.

Ein Rückblick auf die Görtzger Wohlfahrtsdagung.

Von Bürgermeister Dr. Caspari (Brandenburg a. d. H.).

Einem verheißungsvollen Auftakt zum diesjährigen Parteitag bildete die Tagung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt in Görtz. Zum erstenmal trat dieser mit einer eigenen Tagung vor die Öffentlichkeit. Die starke Beschäftigung der Tagung und das hohe Niveau der Diskussion zeigte, wie notwendig die Zusammenkunft gewesen und wie richtig die verdienstvolle Vorsitzende des Hauptausschusses, Genossin Duchacz, gehandelt hat.

In der Tat kann es sich heute nicht darum handeln, zu unterjuchen, inwieweit die Beschäftigung mit der Wohlfahrtspflege sich mit sozialistischen Gedankengängen in Einklang bringen läßt. Nicht darum geht es, zu unterjuchen, ob wir nun im Klassenstaat Wohlfahrtspflege als ein notwendiges Übel treiben müssen und ob in der sozialistischen Gesellschaft die Wohlfahrtspflege sich erübrigen wird.

Damit soll nicht gesagt sein, daß wir auf den schlüpfrigen Weg der bürgerlichen Wohltätigkeit geraten. Für uns ist die Wohlfahrtspflege nicht nur der Schutz der minderbemittelten Bevölkerung. Für uns ist Wohlfahrtspflege die Summe aller derjenigen Bestrebungen, die das Gedeihen der Allgemeinheit durch fürsorgereiche Maßnahmen fördern. Der Wohlfahrtspflege ist die Planmäßigkeit der Arbeit, die starke Betonung des vorbeugenden Moments eigen. Sie wirkt nicht sporadisch, sie gibt nicht hier und da, sondern sie bereitet planmäßig den Boden zur Erstarkung aller Glieder der Gesellschaft.

Die heutigen Rechtsgrundlagen der Wohlfahrtspflege sind lückenhaft, mangelhaft und zersplittert. Abgesehen von den sozialpolitischen Gesetzen, der Sozialversicherung, den Bestimmungen zum Schutze der Koalitionsfreiheit, dem Betriebsrätegesetz und der Verordnung über den Achtstundentag usw., haben wir u. a. das Unterjuchungsmochnitzgesetz mit seinen Ausführungsgeetzen, Grundlagen des heutigen Armenwesens, das Freizügigkeitsgesetz, das Militärversorgungsgesetz, die Bestimmungen über Erwerbslosenfürsorge, das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter, das Krüppelfürsorgegesetz u. dgl. m., wozu sich noch die Gesandtschaften für ein Jugendwohlfahrtsgesetz und ein Jugendgerichtsgesetz gesellen.

So dürfen wir nicht weiter arbeiten. In den verschiedensten Stellen im Reiche und in den einzelnen Staaten werden Gesandtschaften auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege vorbereitet. Die sozialpolitischen Gesetze kommen in wesentlichen aus dem Reichsarbeitsministerium, das Jugendgerichtsgesetz aus dem Reichsjustizministerium, der Jugendwohlfahrtsgesetzentwurf aus dem Reichsministerium des Innern, wo u. a. auch die Gesundheitsfragen bearbeitet werden.

Im Zusammenhang damit ist in Görtz die Forderung erhoben worden, einen organisatorischen Aufbau der Wohlfahrtspflege zu schaffen. Man baue das Reichsarbeitsministerium zu einem Reichswohlfahrtsministerium aus, schaffe Landeswohlfahrtsämter und als untere Instanz Wohlfahrtsämter bei

den unteren Selbstverwaltungsböden. Was man heute auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrtspflege erreichen will — Reichsjugendamt, Landesjugendämter, Jugendämter —, das schaffe man auf dem umfassenden Gebiete der Wohlfahrtspflege. Nicht darauf kommt es heute an zu untersuchen, welche Gebiete alle in die Wohlfahrtspflege hineingehören. Darüber kann man ganz verschiedener Ansicht sein. Was man aber schaffen kann, ist ein Reichsrahmengesetz, das die Hauptgebiete der Wohlfahrtspflege bezeichnet und die grundsätzlichen Bestimmungen gibt, nach denen sie zu verfahren hat, wenn sie gesellschaftlich wirken soll, nämlich vorbeugend, heilend und vorfugend. In der Praxis wird die Wohlfahrtspflege heute schon wesentlich betrieben von den Kommunen und den Kommunalverbänden. Die Seele der Wohlfahrtspflege wird und muß im kommunalen Wohlfahrtsamt liegen.

Wir haben in Görlich zum Ausdruck gebracht, daß unser Hauptausfluß für Arbeiterwohlfahrt keine Wohltätigkeitsvereinerung, keine sogenannte charitative Einrichtung ist. Wir treiben Wohlfahrtspflege aus kulturellen, sozialen und ökonomischen Gründen. Vorhandene Kräfte gilt es nach Möglichkeit zu stützen und zu fördern, beschädigte wieder herzustellen, verbrauchte zu versorgen. Soll die Wohlfahrtspflege in den Kommunen, soll sie überhaupt so arbeiten, wie wir es in Görlich dargelegt haben, so ist notwendig die tätige Mitarbeit breiterer Volksschichten, insbesondere der arbeitenden Masse. Auch auf diesem Gebiete geht es nicht an, abseits zu stehen. Wer mitbestimmen will, muß mitarbeiten, wer kritisieren will, hat die Pflicht, selbst mit anzufassen. Die Bezirks- und Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt haben daher die Aufgabe, das notwendige Menschenmaterial der kommunalen Wohlfahrtspflege zur Verfügung zu stellen. Ein gutes Wohlfahrtsamt kann nur bestehen, wenn es einen gesunden Unterbau hat. Und dieser Unterbau kann nur dadurch errichtet werden, daß Kopf- und Handarbeiter hier praktische Arbeit leisten.

Diese Arbeit ist insbesondere notwendig vom sozialistischen Standpunkt aus. Auch die materialistische Geschichtsauffassung darf nicht dazu verleiten, den menschlichen Willen, den Menschen überhaupt, als Entwicklungsfaktor zu gering zu setzen. Fehler, die man gerade in den letzten Jahren zu beobachten Gelegenheit hatte. Die sozialistische Weltanschauung werden wir nur in die Tat umsetzen können durch Mitarbeit, durch die Intensität unseres Willens. Das heißt aber gesunde, willensstarke Menschen voraus; solche zu schaffen und zu erhalten ist die vornehmste Aufgabe der Wohlfahrtspflege. — So dient sie unseren Idealen, dient sie der gesellschaftlichen Fortentwicklung, dient sie dem Aufstieg der Menschheit.

Deutschnationaler Mörderanschlag.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat sich nunmehr doch dazu entschlossen, einen förmlichen Antrag auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August zu stellen. Die „Deutsche Zeitung“ erklärt diesen Beschluß aus dem unklaren Verhalten der Deutschen Volkspartei, und die „Kreuzzeitung“ hält es für notwendig mitzuteilen, daß der Beschluß von der gesamten Fraktion gefaßt worden ist.

Die in der deutschnationalen Reichstagsfraktion vorhandenen Meinungsverschiedenheiten dürften wesentlich verschärft werden durch die Art, in der heute morgen die deutschnationale Presse die Mörder Erzbergers gegen die Feststellungen des Reichstagspräsidenten Löbe in Schutz nimmt. Hierbei tut sich besonders die „Kreuzzeitung“ hervor, sie schreibt:

Nichts ist billiger, als die Täter, deren Motive noch unbekannt sind, zu schmähen. Die Rachwelt denkt manchmal ganz anders. Charlotte Corday, die den Republikaner Marat ermordete, wurde zwar in Paris guillotiniert, doch haben auch deutsche Dichter sie und ihre furchtbare Tat verherrlicht. Es ist auch gar nicht einzusehen, warum nur die revolutionären Mörder Brutus und Wilhelm Tell besungen werden sollen. Die heutigen Lobpreis Erzbergers und Angreifer seiner Gegner scheinen völlig außer acht zu lassen, daß der ganze Kampf, der gegen Erzberger geführt wurde, ein Abwehrkampf war.

Es folgen nun neue Beschimpfungen des Ermordeten in der bekannten Manier. Die Burschen, die Erzberger nieder-

geknallt haben und dann davonlaufen sind, sind der „Kreuzzeitung“ so wert und teuer, daß sie schon die fast müden, ruhig abwägenden Worte Löbes als unerlaubte „Schmäherung“ empfindet. Der Lote aber bleibt angenagelt als Zielscheibe für alle deutschnationalen Dreckschleudern.

Auch die Unabhängigen haben einen Antrag auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten eingebracht. Bei aller Achtung vor den grundsätzlichen Motiven dieses Antrages muß doch gesagt werden: indem er die Stellung des Kabinetts Wirth nach links hin erheblich schwächt, übt er faktisch die Wirkung aus, die dem Görlicher Beschluß fälschlicherweise nachgesagt wird: er stärkt die Stellung der Deutschen Volkspartei in ganz unerhörter Weise. Daß er bei den Deutschnationalen mit Jubel aufgenommen werden wird, versteht sich von selbst.

Verbot einer „Heerschau“.

Der Polizeipräsident von Berlin hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 die von uns schon erwähnte, für den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Sportpalast, Potsdamer Str. 72, geplante „Heerschau Schwarzwacht“ verboten. Die Veranstalter der geplanten Heerschau gehören den gleichen Kreisen an wie die Veranstalter des sogenannten Frontkämpfertages. Auf der „Heerschau“ sollte eine „Stiftung der deutschen Ehrenmünze des Weltkrieges durch den Ordensrat des Verbandes nationalgesinnter Soldaten“ sowie eine „Weihe der Schwarzwacht-Kampffahne des deutschen Herolds“ stattfinden.

Den Monarchisten ins Stammbuch.

Im roten „Tag“ setzt Prof. Dr. Reinkensiel den Monarchisten auseinander, daß eine Wiederkehr der Monarchie unmöglich ist. Er schreibt:

„Da fragt es sich: Wo könnte gegenwärtig die monarchistische Restauration einsehen? Bei der obersten Spitze, also als deutsches Kaiserreich, gewiß nicht; es ist schon niemand da, den das deutsche Volk zum Kaiser küren würde. Bei Preußen? Der König von Preußen hat seinen Volke die Treue gebrochen, als er es im Augenblick höchster Gefahr verließ und über die Grenze eines neutralen Staates entwich; Gründe der äußeren wie der inneren Politik machen seine Rückkehr auf den Thron undenkbar.“

Verstümmelt waren mir mitunter die Antworten, die ich von Monarchisten auf die Frage erhielt, warum sie unter den heutigen Umständen die Herstellung der Monarchie forderten: weil sie die schönen Hoffeste schmerzlich vermissen — weil ihre Söhne viel bessere Chancen der Fortkommens gehabt hätten — weil sie hofften, daß die Baluta dann rapide steigen werde und dergleichen mehr. Man kann sich des Lächelns ab solcher Ratlosigkeit nicht wehren.“

So zeichnet den letzten Monarchen und die letzten Monarchisten ein Mann, der gewiß kein geborener Republikaner ist. Es gibt doch einen Fortschritt der Vernunft! Aber groß ist noch die Macht der Dummheit!

Bismarcks dritter Band.

Der dritte Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ ist soeben bei Cotta erschienen. Wie groß das Interesse an ihm ist, obwohl sein Inhalt bereits aus der Presse bekannt war, zeigt der Umstand, daß die erste Auflage von 200 000 Exemplaren schon vergriffen ist. Man darf dieses Interesse begründen, denn aus dem dritten Band können viele, die es noch nötig haben, vieles lernen.

Dazu zählen wir in diesem Fall nicht jene Massen, die mit der Monarchie längst abgeschlossen haben. Sie brauchen aus der Geschichte vom abgehaßten Hausmeier keine neue Lehre mehr zu ziehen. Aber auf bürgerlich-monarchistische Kreise muß dieses Buch Bismarcks erschütternd wirken, für sie ist dieses Buch die Geschichte von der Selbsternichtung der deutschen Monarchie. Ihnen wird der Star gestochen; wenn sie noch eine Spur von Denkfähigkeit besitzen, müssen sie begreifen, daß kein Dolchstoß von hinten“, sondern eine jahrzehntelang geduldete Unfähigkeit und Ueber-

heblichkeit von Gottesgnaden die Hauptursache der deutschen Katastrophe gewesen ist.

Man sollte dafür Sorge tragen, daß dieses Buch in einer billigen Ausgabe, mit einem erläuternden Vorwort versehen, in möglichst breite Massen kommt: sagen wir einmal als Band 1 einer Bibliothek der deutschen Republik.

Ein Vorstoß gegen die Landarbeiter.

Im Hauptausschuß des preußischen Landtages stellen unsere Genossen kürzlich folgenden Antrag:

„Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf beschleunigte Aenderung der Mieterschutzverordnung nach der Richtung hinzuwirken, daß auch die Kündigung und Räumung von Wohnungen, die die Deputat- und sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiter auf Grund von Dienstverträgen innehaben, der vorhergehenden Genehmigung der Mietvereinsämter bedarf.“

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Sprachorgan des Großagrarierturns, widmet diesem Antrag, der selbstverständliche Forderungen enthält, längere, außerordentlich erregte Ausführungen, wobei besonders die Tatsache, daß der ehemalige Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Genosse Otto Braun Erstunterzeichner dieses Antrages ist, ihre Empörung erweckt. Es besteht allerdings kein Zweifel, daß die Annahme dieses Antrages durch das Plenum eingreifende Veränderungen des Wohnungswesens in der Landwirtschaft insofern herbeizuführen würde, als der Arbeitgeberwille hierdurch ein Ziel gesetzt würde und schließlich mit der Drohung der Obdachlosigkeit von dem Agrarier kein Druck mehr auf die Landarbeiterschaft ausgeübt werden könnte. Mit besonderem Haß verzeichnet das Großgrundbesitzerblatt die Tatsache, daß der Landarbeiterverband in den Personen seiner im Landtag sitzenden Gausleiter den Antrag mitunterzeichnet hat. Diese Selbstverständlichkeit ist nur ein Grund mehr, um der Landarbeiterschaft die Bedeutung dieses Antrages vor Augen zu führen. Die Entfremdung zwischen Stadt und Land, die gerade von agrarischer Seite oft genug mit heuchlerischen Worten beklagt wurde, wird wesentlich überbrückt werden, wenn wenigstens hinsichtlich des Wohnungsrechtes gleiche Rechtsgrundsätze und Bedingungen für die städtischen wie für die Landarbeiter geschaffen werden.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird die Aufgabe haben, den bedeutungsvollen Antrag mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzuführen.

Anarchismus und Kommunismus.

Es ist kaum noch möglich, den unaufhörlich fortschreitenden Zerlegungsprozess innerhalb der „Vereinigten KPD.“ in seinen Einzelheiten zu verfolgen. Die neuesten Austritte sind bekanntlich die von Däumig und Adolph Hoffmann. Ueber die Ursachen war bisher wenig bekannt geworden. Jetzt teilt die „Rote Fahne“ folgende interessante Einzelheiten hierzu mit:

Am Montag, den 26. September, fand eine Sitzung der Reichstagsfraktion statt, an der auf Wunsch des Fraktionsvorstandes zwei Vertreter der Zentrale teilnahmen. Im Laufe der Besprechung über die Aufgaben der Fraktion in der gegenwärtigen politischen Situation erklärte Ernst Däumig, daß er aus der Fraktion und aus der Partei ausscheide. Er begründete seinen Austritt damit, daß die Beschlüsse des Parteitags im starken Gegensatz zu den Beschlüssen des Moskauer Weltkongresses ständen und daß innerhalb der Partei die halb-anarchistische und ganz-anarchistische Tendenz gefestigt hätte. Die Situation in der Partei sei derart, daß er sich keine fruchtbare Arbeit in der Partei versprechen könne. Sicher müsse er für sich und auch für den Genossen Hoffmann den Austritt aus der Fraktion und der Partei erklären. Genosse Adolph Hoffmann teilte daraufhin ganz kurz mit, daß er sich in allen Punkten den Ausführungen Däumigs anschließe, und verließ zusammen mit Däumig das Fraktionszimmer.

Das Bemerkenswerteste an dieser Mitteilung ist die Tatsache, daß sich Däumig und Hoffmann nicht auf den Austritt aus der Reichstagsfraktion beschränkten, sondern daß sie, was bisher noch nicht bekannt war, aus der kommunistischen Partei aus-

Auf den Trümmern von Oppau.

Hinter dem Ludwigshafener Stadtteil Friesenheim liegen die ländlichen Arbeiteriedlungen von Oppau. Schrebergärten, Kartoffelfelder, Obstbäume zingeln das Dörfchen ein. Sie vermitteln freundlich das an sich trostlose Bild der Ebene hier, die grau und düster von der Industrie angehaucht ist. Nach dem Saume des Rheinstromes zu recken sich die riesenhohen Fabrikanlagen des Oppauer Wertes in Wolkenhöhe. Wer vom rechten Rheinufer zwischen Mannheim und Ludwigshafen zur Rheinbrücke kommt, dem verkünden die die rauchenden Riesenrohre und gespensterhaften Eisenkräne von Oppau ein emsiges Schaffen und Arbeiten. Häuser, Siedlungen, kleine ländliche Geschäfte entstanden hier. Das Oppauer Werk bereitet seinen Arbeitern und Angestellten eine Heimat, schuf ihnen eine grüne Scholle, um sie ein klein wenig für das zu entschädigen, was ihnen durch Rauch und Dunstwellen der Fabrikanlagen genommen wurde.

Seit einigen Tagen ist Oppau tot. Ueber dem Dörfchen liegt ein furchtbares Grauen. Das viele Kilometer umfassende weithin sichtbare Fabrikgelände aber ist eine zerstückelte Welt, über die sich tiefe Trostlosigkeit schleiert. Spulhaß ragen zerborstene eiserne Riesenbrücken, Kessel- und Mauerreste, aus denen es grau qualmt, in den trüben Septembertagen. Gewaltige Betonpfeiler, Eisenträger, Kranriemen, Kesselmantel liegen zermalmt, zerbrochen auf dem weiten Trümmerfeld. Alles in- und übereinandergeschoben, gefegt, gestürzt, gerutscht. Scharfe Ammonialgerüche ziehen in Schwaden über die Verwüstungen dahin. Eine Zertrümmerung von beispiellosen Werten, von Hoffnungen, von Menschengeiß, Lastkraft und Menschenleben. Die Schöpfung und Arbeit von Jahrzehnten dahin. Millionen Mark allein kosteten die berühmten Silos (eine Art Gruben), in deren einem die wahnsinnige Explosion erfolgte ist. Zu Tausenden umlagern neugierige Menschenmassen die Unglücksstätte. Durch die Trümmerberge, unter denen noch Verschüttete liegen, arbeiten sich seit Tagen Bergungsmannschaften. In weitem Umkreis übersät sind die Acker mit zentnerschweren Betonstücken und abgesprungenen Eisenträgern. Viele haben tiefe Löcher in den Boden gerissen. Der zum Abgang fertige Güterzug mit samt der Lokomotive ist wie ein Spielzeug über eiserne Brückenanker geschleudert, verschüttet und zermalmt worden. Wie ein zerprügelter Ballon ist ein Eisenkessel, höher wie ein fünfstöckiges Haus, kilometerweit geflogen, hat eine ganze eiserne Brückenanlage aufgehoben und sich endlich darin verfangen. . . . Und alles in einer einzigen knappen Minute. . . .

Die kleinen Häuschen von Oppau liegen wie größtenteils zerrissene, verwundete Körper da, Abgeputzt scheinen die Dachgeschosse, in-ein-andergeschürzt sind die Stodwerke. Aus klaffenden Wunden des Mauerwerks quellen zerfallene Möbel. Als habe hier ein furcht-

bares Erdbeben gewüthet. Zwischen Trümmerhaufen scharren gackernde Hühner. Vor vielen der eingestürzten Häuser sieht als einziges Lebewesen noch der Hund. Mit verbundenen, blutenden Köpfen schleichen die wie durch ein Wunder geretteten Bewohner um ihre zerstörte Heimat. Einige starren trostlos in den wüsten Häufen, andere sammeln Reste ihres Hausrats zusammen. Wieder andere hämmern und klopfen wie Kinder, denen ein böser Kamerad das liebste Spielzeug zerbrochen hat, an ihrem Häuschen herum. . . . Ein Flieger kreist in mäßiger Höhe über dem weiten Trümmer- und Totenfeld von Oppau. Ueber die Landstraße fahren Autos und Lospansen mit der letzten geretteten Habe der Betroffenen. Oft sieht eine verbundene Frau, ein kühles Kind dazwischen. R. R.

Engelbert Humperdinck gestorben.

Engelbert Humperdinck ist Dienstag in Neustrelitz an den Folgen eines Schlaganfalls, zu dem eine Lungenentzündung hinzutrat, im Alter von 67 Jahren gestorben. Die Leiche wird nach Berlin-Stahnsdorf übergeführt.

Der den alten, freundlichen Mann in den letzten Jahren jah oder hörte, wußte, daß der Tod ihn längst gezeichnet hatte. Seine Stellung als Lehrer der Meisterklasse für Komposition an der Akademie Berlin hatte er aufgegeben, verfolgte aber unablässig auf Musikfesten immer alles werdende und Kommende, ein aufnahmefähiger, im Schaffen gefähmter Mann. Ein wirklicher Beherrschung seiner Kunst war er im Inneren, und seine Schüler (von denen Siegfried Wagner und Leo Blech die bekanntesten sind) können davon viel erzählen. Mehr aber noch sprechen seine eigenen Partituren für seine hohe Verufenung. Und die lag in der Ueberleitung Wagnerischer Kunstideen, vom großen Theaterpathos fort zur edlen Idylle, zur Märchenwelt, zur Allverständlichkeit. Das Lied, der Chor, das Duett und die Orchesterstücke wurden alle aus dem Geist und dem Gemüt des Balkes gestaltet und auf den ersten Griff hin geschaffen. Keine Ueberladung stört, kein nur Gewolltes wirkt problematisch angepaßt, die Sangbarkeit, der melodische Schluß allein diktiert Art, Gefühl und Herzlichkeit der schnellen Konzeption. So wurde 1896 „Hänsel und Gretel“ ein berechtigter Weltersfolg. Dieses Werk gehört durch die Feinheit, Einfachheit seiner in sauberster Technik gearbeiteten Partitur zu den ewigen Kostbarkeiten der musikalischen Opern-literatur. Kein Staub liegt auf diesen Notizen; und so lange Menschen wieder einmal Kinder, Schmerzfrei, froh und lachend sein wollen, werden sie hier ihr künstlerisches Ergötzen finden. Der einstige Genuß und Freund Richard Wagners blieb dem Meister ein glühender Verehrer und Förderer. Die letzten Werke „Königskinder“ und „Gaudemus in die“ haben trotz vielfacher Umarbeitungen und dieser wirkungsloser Eingebungen die geniale Schöpfkraft der ersten und bisher einzigen klassischen Märchenoper nicht erreichen können. R. S.

Ein Meer von Veranstaltungen. Dies Jahr will für Berlin ein Jahr der Fülle werden. Ein aufmerksamer Beobachter hat ermittelt, daß für den Winter 1921/22 nicht weniger als rund 3000

Konzerte angelegt sind! Eine Rekordziffer, und nicht mal eine traurige Ziffer, wenn man bedenkt, daß gerade auf musikalischem Gebiet etwa drei Drittel aller Veranstaltungen erstklassigen Musikern gewidmet sind. Bedenkt man, daß ganz gewiß ebenso viel, wenn nicht noch reichlich mehr literarische, humoristische, idyllische, wissenschaftliche und pseudowissenschaftliche Vorträge für diesen Winter gebacht sind, so ergibt das eine Gesamtsumme von rund 7000 Veranstaltungen, deren Unternehmener mit der großen Öffentlichkeit rechnen, oder bei einer Saisondauer von etwa 7 Monaten für den Monat an 1000, für den Abend über 30 Veranstaltungen! In diesem Zusammenhang muß auch erwogen werden, daß die Theater, deren drei Berlin neu besetzt wurden, ihr Programm gründlich umbauen müssen. Operntheater etwa, die vordem mit einer Neuheit den Winter über langten, planen bereits drei Erstaufführungen für diese Spielzeit. Der Grund für diese, das Budget außerordentlich belastende Neuerung ist darin zu suchen, daß die ins Phantastische gestiegenen Eintrittspreise nicht mehr für die große Menge gelten. Der Kreis zahlungsfähiger Stammbesucher ist wesentlich eingeeignet, er reicht nicht mehr für eine Kavität, will man ihn an das Haus festeln, muß man es dreimal sagen: heute neu! Auffallend ist auch die weitverbreitete Kabarettwut! Kassenunfähigkeiten, zum Teil mit literarischen Abkömmlingen, mehrten sich Behemfen erregend. Man darf getrost die meisten Pleiten dieses Winters auf dem Gebiete des Kabarets erwarten.

Drachlose Verbindung mit dem Flugzeug. Wie aus Brüssel berichtet wird, wurden dort erfolgreiche Versuche unternommen, mit einem belgischen Flugzeug während des ganzen Fluges in drachloser Verbindung zu bleiben. Die Flüge wurden zwischen den Flugplätzen von Brüssel und Croydon in England ausgeführt. Als das Flugzeug über den Kanal kam, geriet es in einen starken Nebel und es gelang ihm, durch Anfrage mit drachloser Telegraphie genau seine Stellung zu bestimmen. Croydon fand alle zwei Minuten drachlose Redungen, die ihm den Weg wiesen. Fragen und Antworten wurden durch drachloses Telephon ausgetauscht, und nachdem zwei Befehle gegeben waren, war der Flugzeugführer in der Höhe, die direkte Linie nach Croydon wieder aufzunehmen und trotz des Nebels inne zu halten. Auch bei Flügen zwischen Brüssel und Paris wurden gleich gute Ergebnisse erzielt.

Das Schloßpark-Theater in St. Gallen eröffnet am Sonntag mittags 11½ Uhr sein „Großes Haus“, in dem neben Theateraufführungen auch Konzerte, Rezitationsabende und Vorträge von Dichtern (in Verbindung mit der Urania) vorgelesen sind. Zur Eröffnung findet ein Konzert unter Leitung von Leo Blech statt.

Die Deutschen ohne Theater in Brünn. Nach einem Beschluß des Brünner Stadtrates soll der deutschen Theatergesellschaft in Brünn die Benutzung des Stadttheaters, das ihr bislang auf zwei Tage in der Woche zur Verfügung stand, zugunsten des tschechoslowakischen Nationaltheaters in Prag nunmehr völlig entzogen werden.

Korolenko in Deutschland. Der russische Dichter Korolenko hat von der Sowjetregierung die Erlaubnis zur Ausreise erhalten. Er wird sich nach Kaubem begeben, um sich dort eines Herzleidens wegen behandeln zu lassen.

geschieden sind. Die Kritik, die sie bei ihrem Austritt an dem Verhalten der SPD übten, wird dieser außerordentlich peinlich sein, enthält sie doch auf neue deutlich die Planlosigkeit und Abhängigkeit von verschiedenartigsten Strömungen innerhalb der SPD. Der gegen die Zentrale erhobene Vorwurf anaristischer Tendenzen ist, wenn man sich das tatsächliche Verhalten der SPD. vor Augen führt, durchaus begründet.

Ein Dollar 128 Mark!

Es kann nicht nur die wilde Spekulation sein, die den Dollar immer weiter treibt. Welche großen Kapitalkräfte sind da am Werk? Worum tut die Regierung nichts? Hier hat sie bei ihrem Eingreifen wirklich die Allgemeinheit hinter sich. Sie darf nicht dulden, daß die Börse zum Totalisator wird, an dem auf Deutschlands Tod gewettet wird.

Die Notlage der Beamten.

Am Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten lag heute eine Eingabe des Deutschen Beamtenbundes vor, die darauf hinweist, daß die in den Verhandlungen mit der Regierung bewilligten Teuerungszuschläge nicht befriedigend seien. Der von den Organisationen vertretene Grundgedanke einer stärkeren sozialen Sicherung, wie er in der Forderung einer einheitlichen gleichen Teuerungszulage zum Ausdruck kam, sei nicht verwirklicht worden. Die Regierung habe in Verkennung der Notlage der gering besoldeten Beamtengruppen an dem prozentualen Teuerungszuschlag festgehalten. Der Beamtenschaft habe zwar in Anbetracht der Notlage der Beamten die Vorschläge der Regierung zunächst annehmen müssen, wünsche aber eine Rücksprache mit dem Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten über die Grundzüge, nach denen die Besoldungspolitik künftig geführt werden soll. In der darauf folgenden Debatte kritisierte Abg. Stüden (Soz.) eingehend das System der Ortsklasseneinteilung.

Man werde damit niemals eine Zufriedenstellung der verschiedenen Orte erreichen. Der Redner regte an, man möge lieber das System des Wohnungsgeldes, wie es früher üblich gewesen wäre, oder zum mindesten die verschiedene Höhe der Wohnungsmieten zum Grundlag eines Zuschlages machen.

Abg. Morath (D. Sp.) bewieselte, daß durch eine derartige Maßnahme die von dem Redner erhoffte Beruhigung erreicht werden könne.

Nachdem Abg. Dettus (Dem.) sich generell auf den Standpunkt des Abg. Stüden (Soz.) gestellt hat, die Mietpreise als Maßstab für die verschiedenen Zuschläge zu nehmen, verlangte Abg. Schmidt (Dnat. Sp.) von der Regierung die Vorlage eines Vergleichs des derzeitigen Orts, die gemäß den neueren Verhandlungen bestimmt in eine höhere Klasse kommen werden, wo also die Verhandlungen bereits abgeschlossen seien.

Den Vorschlag des Abg. Stüden (Soz.) lehnte Redner ab, weil ein derartiger Systemwechsel die ganze bisher geleistete Arbeit zerstören würde und uns wieder auf ein Anfangsstadium zurückwerfen würde.

Deutschlands Entwaffnung.

London, 28. September. (Reuter.) Die Interalliierte Kontrollkommission hat ihre Aufgabe der Zerstörung der von Deutschland ausgefertigten Waffen so gut wie beendet und befaßt sich jetzt mit der Kontrolle der verschiedenen Polizeitruppen. Bis Mitte September sind nur noch 102 Geschütze zur Vernichtung übrig geblieben, nachdem 3280 Geschütze bereits zerstört worden sind. Es müssen noch 1 Million Tonnen geladener Granaten zerstört werden, 34 Millionen Tonnen sind bereits vernichtet worden. Es sind nur noch 188 Grabenwender vorhanden, während 110 340 (?) bereits zerstört worden sind. 2852 Maschinengewehre sind noch unverfehrt, ausgeliefert und zerstört sind 4 150 000. Ein Munition für kleine Waffen sind zerstört 335 Millionen Patronen, 90 Millionen noch vorhanden. Die Kontrollkommission ist von den Fortschritten der Auslieferung und Zerstörung der deutschen Waffen vollkommen befriedigt. In ähnlichen Kreisen wird erklärt, es herrsche nicht die geringste Befürchtung wegen irgendeiner Möglichkeit, daß Deutschland in der Lage sein könnte, ein so großes Heer zu organisieren und auszurüsten, daß es irgendeine Gefahr für die Alliierten bedeute. Männer seien natürlich reichlich vorhanden. Es fehle jedoch an allen nötigen Waffen und an Ausrüstung.

Ungarns Bandenkrieg.

Wiener Neustadt, 28. September. (W.B.) In Lu am Leithaberg wurden neun Gendarmen, die in Ruhestellung lagen, während sich ihre Kameraden auf Streifung befanden, von ungarischen Banden überfallen und verschleppt. Die österreichische Regierung hat sofort energische Proteste bei der ungarischen Regierung eingereicht, um die Freilassung dieser auf halb österreichischem Boden überfallenen Gendarmen zu erwirken und Sühne für diesen Zwischenfall zu erlangen.

Prag, 28. September. (W.B.) Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten. (Schluß.) Minister Dr. Benesch erwähnte sodann die Verhandlungen mit dem Bundeskanzler Dr. Schober, dessen Standpunkt er der ungarischen Regierung bekanntgegeben habe. Bei der Zusammenkunft mit Minister Banffy habe Benesch darauf beharrt, als erste Bedingung die Erfüllung der Rote der Alliierten zum festgesetzten Termin oder die Lösung des Konflikts durch rasches Einvernehmen zu erlangen. Eine unmittelbare Kriegsgefahr habe in den vergangenen Tagen nicht bestanden und der Minister hoffe, daß es dazu auch nicht kommen werde. Der Minister betonte, daß die tschechoslowakische Regierung niemandem irgendeine Ultimatum gefandt habe und daß niemals von einer tschechischen Okkupation des fröhlichen Landes die Rede gewesen sei. Die tschechoslowakische Regierung sei im vollkommnen Einvernehmen mit Jugoslawien und Rumänien vorgegangen. Falls es bis zum 4. Oktober zu irgendeiner günstigen Vereinbarung oder zu einem endgültigen Übereinkommen nicht komme, bleibe die Frage der Banden und Frankturen in Westungarn offen, welche der einzige schwarze Punkt der Lage sei. Es sei daher möglich, daß die Alliierten einschritten oder daß entweder die ungarische Regierung oder die österreichische Regierung durch Zwangsmittel sich dieser Banden entledige. Die tschechoslowakische Regierung werde ihre Pflicht erfüllen, denn gerade in dieser Frage könne man einer kriegerischen Aktion oder anderen Zwangsmassnahmen ausweichen.

Oberschlesien an den Völkerverbund. Eine Anzahl ober-schlesischer Verbände, darunter der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein, der Landbund, der Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring und der katholische Kreis, haben der deutschen Regierung umfangreiches Material übermitteln, in dem neuerdings die Unheilbarkeit Oberschlesiens dargelegt wird, und gebeten, dieses Material an den Völkerverbund weiter zu leiten. Die deutsche Regierung wird das Material in den nächsten Tagen in einer Note den alliierten Regierungen und dem Völkerverbund unterbreiten.

Griechische Kulturisten. Offizielle Nachrichten aus Anatolien melden, daß die Griechen bei ihrem Rückzug alle Dörfer in der Umgebung von Michalisch in Brand gesetzt haben. Bei ihrem ersten Rückzug haben die Griechen nach einwärts gerichteten jugoslawischen Truppen gehandelt. — Reuter meldet aus Konstantinopel, daß die Nationalversammlung in Angora Mustafa Kemal Pascha den Rang eines Marschalls und den Titel „Ghazi“ (der Sieger) verliehen hat. Mustafa Kemal erklärte, er werde die Waffen nicht eher niederlegen, als bis die letzten Griechen vom Boden der Türkei vertrieben seien.

Groß-Berlin

Mörderisches Eisen.

Das mörderische Ungeheuer beim Bau des Nord-Süd-Bahntrunkens, das zwei Arbeitern das Leben kostete, hat wieder die öffentliche Aufmerksamkeit auf jene Mörder der Arbeit gelenkt, die im Kampf mit den dunklen Gewalten des Materials, von dessen Zuverlässigkeit alles abhängt, Tag für Tag ihr Leben einwiegen. Die folgende Schilderung soll eine solche Tragödie dem Leser vor Augen führen.

Auf der Baustelle warteten schwere Eisenträger. Sie waren feucht und kalt. Ueber ihnen reichte sich ein hoher Kran in den Nachthimmel. Ketten liefen von seiner Höhe zur Erde und legten sich kreuz und quer neben die eisernen Träger. Wieviel Lasten hatten sie schon getragen, wie hatten ihre Glieder sich gespannt und Widerstand geleistet, starr und unerschütterlich. O, sie fühlten sich so stark. Und sie rühmten sich dieser Stärke und hielten die eisernen Träger, an die sie sich angeschlossen. „Wir“, so wisperten sie, „sind immer frei, wir leben in Licht und Sonne, wir sehen den Mond und die Sterne, ihr aber, ihr häßlichen ungeliebten Träger werdet in dieser Erde verschwinden, auf euren Rücken wird man schwere Lasten legen und euch dann mit Füßen treten“. Die Träger wollten widersprechen, aber die Kettenglieder lachten hohhaft: wir werden euch fesseln und dann in euer Gefängnis bringen. Wir sind stärker als ihr, wir...

In diesem Augenblick wurden sie von Männern im Arbeitsanzug auseinandergerückt und um die Träger geschlungen. Dann begann eine kleine Dampfmaschine zu arbeiten. Schnell rollten die Kettenglieder empor und andere glitten abwärts. Plötzlich gab es einen harten Stoß: Der Träger, der nun eingebaut werden sollte, wehrte sich. Aber brutal zog die kleine Dampfmaschine durch. Da ging ein lautes Stöhnen durch die Kette und ein Ring klagte: „Ich zerreiße, ich kann nicht mehr“. „Wirst du halten“, freizigten die anderen, du bist genau so stark wie wir, schäme dich.“ Der Ring nahm seine ganze Kraft zusammen, und er hielt tapfer aus. Immer höher wucherte der schwere Träger, der machtlos und gebunden in der Nachtluft schaukelte. Er zog mit seiner ganzen Kraft an der Kette und versuchte sie zu zerreißen. Aber trotz Widerstand sie ihm. Arbeiter waren auf ihn gestiegen, um das Gleichgewicht herzustellen. Spannung lag über dem Ganzen. Plötzlich schied das kranke Kettenglied schwer auf. Den anderen stochte der Klem. Fast unmerklich gaben seine Sehnen nach und ehe die Arbeiter begreifen konnten, was vor sich ging, hatte sich der schwere Träger befreit und stürzte jauchzend mit ihnen in die Tiefe und zerschmetterte sie. Die kleine Dampfmaschine jagte wie wahnwitzig, von der schweren Last befreit und drohte zu zerspringen. —

Unter den Trägern rühmten die Arbeiter — Sanitäter, Feuerwehr eilten herbei. Ein Ingenieur untersuchte die gebrochene Kette. Der Bruch zeigte nichts Besonderes. Das Eisen schien ganz gesund zu sein. „Man kennt sich niemals aus“, sagte er kopfschüttelnd.

Wo bleibt die Schulgeldstaffelung?

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung genehmigte im Juni mit dem Stadthaushaltplan für 1921 auch die vom Magistrat auf Drängen der Staatsregierung in den Haushalt eingetragene Steigerung des Schulgeldes mittlerer und höherer Schulen. Um aber von den Rinderdarmstellen diese neue Belastung abzuwehren, ersuchte sie gleichzeitig den Magistrat, die Deputation für das Schulwesen mit der unverzüglichen Aufstellung von Richtlinien zu beauftragen, nach denen bis zur völligen Befreiung von Schulgeld an mittleren und höheren Schulen das Schulgeld entsprechend dem Einkommen der Eltern und der Zahl ihrer Kinder ermäßigt werden sollte. Die Schulgeldstaffelung trat dann sozusagen mit dem 1. Juli in Kraft, aber die geforderte Stafflung des Schulgeldes und die durch sie festzusetzende Ermäßigung für die Rinderdarmstellen läßt sich immer noch nicht erwarten, obwohl inzwischen drei Monate vergangen sind und für das in wenigen Tagen beginnende neue Vierteljahr schon wieder Schulgeld fällig ist. Die Deputation wurde damals sofort vom Magistrat angewiesen, die Richtlinien eufzustellen, und sie führte den Auftrag auch unverzüglich aus, so daß die von ihr entworfenen Richtlinien schon Anfang Juli bekanntgegeben werden konnten. Doch hiermit hatte die Schulgeldstaffelung noch nicht Gültigkeit erlangt, sondern nur war es Sache des Magistrats, zu dem Richtlinienentwurf Stellung zu nehmen. Bisher ist nicht bekannt geworden, daß der Magistrat eine Entscheidung getroffen hätte. Wär's nun nicht bald Zeit, daß die Schulgeldstaffelung in Kraft geht? Viele Eltern warten mit Ungeduld darauf. Es wird sich empfehlen, daß die Eltern bis auf weiteres die Zahlung verweigern.

Das Urteil im Mordprozeß Thielemann.

Der Prozeß gegen die des Mordes an der Witwe Thielemann in der Köpenicker Straße angeklagten Riedel und Poser ist nach gestern in später Nachmittage zu Ende gegangen. Beide Angeklagte wurden des Totschlages unter Ausschluß mildernder Umstände schuldig gesprochen. Riedel wurde zu 15 Jahren und Poser zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten erklärten sich zum sofortigen Strafantritt bereit.

Wann wird der „jeweilige“ Mietzuschlag fällig?

Die Mieteingangsämter empfehlen jetzt, bei Ablauf von Mietverträgen, die bekanntlich mit wenigen Ausnahmen nur noch kurzfristig sind, folgende schriftliche Vereinbarungen zu treffen: „Das zwischen uns bestehende gekündigte Mietverhältnis wird um ein halbes Jahr gegen Friedensmiete zugunsten des bei Beginn der Verlängerung gültigen Höchstzuschlages verlängert.“ Weiter heißt es: „Diese Fassung entspricht den bisher regelmäßig üblichen Entscheidungen der Kammer. Insbesondere können die Vermieter nicht darauf rechnen, daß sie seit des zu Beginn des Verlängerungsquartals gültigen Höchstzuschlages den jeweiligen Höchstzuschlag zugesprochen erhalten, ebensowenig die Mieter darauf, daß ihr Vertrag gegen den zu Beginn der Verlängerung gültigen Höchstzuschlag auf mehr als ein halbes Jahr verlängert wird.“ Hiernach darf also der „jeweilige“, das heißt der während der Vertragszeit von der Behörde festgesetzte neue Zuschlag zur Friedensmiete nicht sofort, sondern erst nach Ablauf der Vertragszeit erhoben werden, womit eine vielerörterte Streitfrage gelöst ist. Zuviel erhobene Mietbeträge müssen zurückgezahlt oder verrechnet werden.

Aus einem deutschnationalen Dorad.

Die letzte Bezirksversammlung des XI. Bezirks (Schöneberg), die fast sechs Stunden dauerte, brachte eine lebhaft Auseinandersetzung zwischen Sozialisten und Bürgerlichen. Zunächst wurde ein Antrag der Kommunisten auf Bewilligung von 10 000 M. an die Rotleidenden Ostlands abgelehnt. Um dem Titelbedürfnis einer kleinen Gruppe von Beamten zu genügen, hatte das Bezirksamt vorgeschlagen, den Magistratssekretären den Titel Stadtschreiber zu geben. In Anbetracht der bevorstehenden Wahlen erwiderten alle bürgerlichen Parteien ihr gutes Herz für die Beamten und glaubten hier Proleten machen zu können. Genosse Erdmann ging dieser Art Beamtenfreundlichkeit ganz energisch zu Leibe und forderte, daß eine generelle Kränzelbezeichnung vorgenommen werde. Sehr energisch forderte er auch die Gleichstellung der früheren Friedländer Beamten mit den Schönebergern. Eine Bes-

lage wegen Erhöhung der Bezüge der städtischen Leihenträger um 25 Proz. entzweite eine längere Debatte. Genosse Czerninski wies an Hand der Lohnlisten nach, daß den Leihenträgern der städtische Lohn von 328 M. pro Arbeitsstunde gezahlt werde. Er forderte eine Erhöhung dieser Hungerlöhne um 75 Proz. Der Antrag wurde von den Bürgerlichen abgelehnt. Zu scharfen Auseinandersetzungen kam es, als Genosse Czerninski zwei Anfragen unserer Fraktion begründete, um die von dem deutschnationalen Bezirksamt betriebene Sabotage in Wohnungsangelegenheiten zu kennzeichnen. Trotzdem fast tausend Wohnungslöhne in der Dringlichkeitsliste verzeichnet sind, stehen in der Siedlung Vindenhof seit Juli 52 Wohnungen leer. Fortwährend finden Verhandlungen zwischen dem Magistrat Berlin und Bezirksamt statt, die jedoch zu keinem Ergebnis führen, so daß sich die Angelegenheit zu einem Standpunkt auswächst. Neben der Entziehung der Wohnungen für die Wohnungsbedürftigen, erleidet die Stadt Mietsverluste, die schon jetzt 20 000 M. übersteigen. Die Mittel, die benötigt werden, ließen sich, wie unser Redner näher erläuterte, auf andere Weise beschaffen, ohne daß die Finanzen der Stadt in Anspruch genommen werden. Hier scheint böser Wille vorzuliegen. Die Redner der sozialistischen Parteien unterstützen aufs lebhafteste unsere Ausführungen, dagegen nahmen die bürgerlichen Redner des Bezirksamt in Schutz und wählten alle Schuld auf den Magistrat. Höchste Zeit wird es, daß unsere Genossen im Magistrat sich dieser Sache energisch annehmen. Die zweite Anfrage bezog sich auf die von der Erdgasgesellschaft freigegebenen Wohnhäuser mit 120 Wohnungen. Nach einer früheren Vorlage sollten diese Wohnungen dem Wohnungsamt zur Verfügung gestellt werden. Ohne Rücksicht auf den Wohnungsmangel hat das Bezirksamt diese Häuser zum großen Teil an Vereine, Gesellschaften usw. abgegeben. So sieht die gegenwärtige Tätigkeit des fast bürgerlichen Bezirksamts aus. Die Vertreter der sozialistischen Parteien beurteilten die Maßnahmen und forderten, daß die Wohnungen zur Minderung der Wohnungsnot ausgenutzt werden. Dem bedrängten Dezernenten Prof. Lahn erlief der Bürgermeister Berndt mit einer deutschnationalen Versammlungserede zu Hilfe und behauptete, die Sozialisten könnten es auch nicht besser machen. Nach sehr heftiger Debatte, in der die Genossen Kamrowski und Frische wiederholt eingriffen, wurde ein Schlußantrag angenommen und ein Ausschuß zur weiteren Prüfung und Untersuchung der Angelegenheit eingesetzt.

Nüdersdorf-Erkner.

Der Bau einer Verbindungsbahn zwischen Nüdersdorf und Erkner soll Zeitungsnachrichten zufolge augenblicklich bei der Eisenbahndirektion Berlin geprüft und die für diesen Bau erforderlichen Vorarbeiten geleistet werden. Diese Nachricht ist unzutreffend. An eine Verlängerung der Bahnstrecke Nüdersdorf-Erkner ist nicht zu denken. Eine solche Verbindung wird durch den Bau der südlichen Umgehungsbahn zwischen den Stationen Friedrichshagen und Hirschgarten an der Corovistrecke nach Erkner und zwischen den Stationen Nüdersdorf und Hausdorf an der Ostbahn andererseits bereits geschaffen.

Bei einer Razzia erschossen wurde in der vergangenen Nacht ein Arbeiter Max Kluge in einem Lokal am Hafenplatz. Das Treiben von Verbrechern aller Art gab der Kriminalpolizei Veranlassung, durch eine große Streife gewisse Straßenzüge und Lokale, von denen aus sich dieses Treiben zu entwickeln pflegte, gründlich zu säubern. Die Streife begann unter den Linden und erstreckte sich von dort aus bis nach dem Anhalter Bahnhof und dem Hafenplatz. Hier kam es in dem „Rattenloch“, einem Lokal, in dem allerlei lichtscheue Elemente verkehren, zu einem heftigen Zusammenstoß, wobei Kluge, der sich auf einen der Beamten stürzen wollte, den Tod fand. Am ganzen wurden von der Straße und aus den Lokalen heraus 50 Personen zusammengebracht und der Kriminalpolizei am Alexanderplatz zugeführt, darunter auch verschiedene Männer, die Braunkleidung trugen.

Hygienische Eignungsprüfungen für Metallarbeiter. Im Rahmen der demnächst beginnenden Herbst-Arbeitsperiode der Volkshochschule Groß-Berlin hält Prof. Dr. Rupp einen mit praktischen Versuchen, zum Teil an Bebrüngen, verbundenen Kursus über die Frage der Beherrschung-Eignungsprüfung ab. Der Kursus bedeutet die Heranbildung eines Stammes von Arbeitern, der sich in die einschlägigen Fragen gründlich einarbeitet und zu einem selbständigen und kritischen Urteil darüber befähigt ist.

Billiges Schweinefleisch im Bezirk 20 (Reinickendorf). In den Fleischverleisstellen des Bezirksamts 20, Reinickendorf-Ost, Residenzstraße 131, und Reinickendorf-West, Kögelstr. 2, Tegel, Bahnhofsstraße 67, und Schöneberger Str. 63, gelangt in dieser Woche billiges Schweinefleisch zum nachstehenden Preise zum Verkauf: Rostei-Bund 15,50 M., Kamm und Schutt 14,50 M., Schinken ohne Bein, Querrippe und Wade 14 M., Kopf und Bein 6 M.

Die Schwimmhalle der städtischen Volkshochschule Charlottenburg, Krummestr. 10, ist während des ganzen Jahres geöffnet.

Proletarische Kindergärten. Die „Vereinigung proletarischer Kinderfreunde“ beabsichtigt nach dem 1. Oktober in den Bezirken 3 und 14 mit der Einrichtung proletarischer Kindergärten zu beginnen. In Gemeinschaft mit der Bezirksverwaltung soll zu gleicher Zeit mit der praktischen und theoretischen Arbeit begonnen werden. Junge Mütter und Mütter, die die Notwendigkeit unserer Arbeit erkannt haben und den Willen besitzen mitzuarbeiten, sollen in Kursen mit dem nötigen theoretischen und praktischen Rüstzeug ausgerüstet werden. Die Kurse sollen an zwei Spätnachmittagen stattfinden, die praktische Mitarbeit soll so organisiert werden, daß sie neben den häuslichen Verpflichtungen ermöglicht wird. Meldungen zur Teilnahme an den Einführungs-kursen sind sofort an die Genossen Löwenstein, Reutbahn, Nothaus und Kullsch, Bezirksamt Wedding, schriftlich zu richten. Den Genossinnen, die sich zur weiteren beruflichen Ausbildung eignen, soll Gelegenheit zur Weiterbildung geschaffen werden.

Das Strafverfahren gegen Dr. Franke (Rudolf) ist, wie uns der Verteidiger Rechtsanwalt Hater mitteilt, von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden.

Die Ausstellung „Die Wärme im Haushalt und Kleingewerbe“ im alten Charlottenburger Schloß wird wegen des regen Besuches bis einschließlich 2. Oktober verlängert. Die Ausstellung ist täglich von 9 bis 6 Uhr geöffnet.

Der Reichsverband der Vorbestraften Deutschlands e. V. Berlin S.W. 61, Rümmerstr. 44, leitet Wert auf die Bestimmung, daß er mit dem angeklagten Rechtsanwalt Simon, über dessen Verhaftung wir am Sonntag berichteten, und dem dort ebenfalls genannten „Verband der Vorbestraften“ nichts zu tun hat.

Wiedererwerb Schöneberg. Essenliche Mieterversammlung am Donnerstag, den 29. September, abends 8 Uhr, im Hohenzollern-Gymnasium, Martin-Luther-Straße 22/23. 1. Berberatung des Bundes deutscher Mietervereine. Vorredn von Weick. 2. Vorsitzender des Mieterverbandes Schöneberg. 3. Welche Miets zahlen wir am 1. Oktober d. 2? Vortrag von Syndikus R.-A. Dr. Engel.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und zunächst überwiegend heiter, am Tage etwas mürner bei lebhaften südwestlichen Winden. Nachher zunehmende Bewölkung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

10. W. K. Mittwoch, 28. Sept., 7 Uhr. Bahnhofsplatz bei Hal. Reichsverband der Arbeitervereine. 11. W. K. Donnerstag, 29. Sept., 8 Uhr. Hohenzollern-Gymnasium, Martin-Luther-Straße 22/23. 1. Berberatung des Bundes deutscher Mietervereine. Vorredn von Weick. 2. Vorsitzender des Mieterverbandes Schöneberg. 3. Welche Miets zahlen wir am 1. Oktober d. 2? Vortrag von Syndikus R.-A. Dr. Engel.

Gewerkschaftsbewegung

Internationale Gewerkschaftstagen.

Die Buchdrucker.

Auf dem Internationalen Kongress der Buchdrucker, der vom 1. bis zum 8. September in Wien stattfand, waren die angesehnenen Sektionen als Mitglieder nicht vertreten. Dagegen nahm ein Engländer als Gast an den Verhandlungen teil. Die Zerstückelung der englischen Organisationen der Buchdrucker ist ein Hindernis für den Anschluß. Die Frage des Anschlusses wird einem Referendum unterworfen werden.

Das Internationale Sekretariat erhielt Vollmacht, selbständig aufzutreten, um eine Fusion mehrerer kleinerer Organisationen herbeizuführen. Wenn sich eine Organisation weigert, einem dahingehenden Aufruf des Sekretariats Folge zu leisten, kann sie nach einer bestimmten Frist aus der Internationale ausgeschlossen werden.

Das Problem des Zusammenschlusses der Arbeiter nach Industrien (Industrieverbände) wurde auch besprochen. Entsprechend dem Wunsch, in dieser Angelegenheit den beteiligten Verbänden Freiheit zu lassen, erklärte man in der Resolution: Die Frage der Gründung von Industrie- oder Berufsverbänden ist nur von faktischer, nicht aber von prinzipieller Bedeutung.

Obwohl der Kongress sich für volle Pressefreiheit aussprach, war man sich doch bewußt, daß die „Freiheit“ bei dem bestehenden Bildungsmonopol zur Unterdrückung der Arbeiterklasse mißbraucht und eine Gefahr für den Frieden werden kann. Den Mißbrauch der Pressefreiheit zu verhindern, werden die Buchdrucker kein Mittel unversucht lassen.

An Stelle der Orts- und Distriktsratte sollen für ganze Länder geltende Tarife abgeschlossen werden. Die Tarifgemeinschaft darf aber nicht Selbstzweck sein, sondern muß ein Mittel in der Hand der Gewerkschaften bleiben, um die Arbeits- und Lohnbedingungen zu regeln.

Das Gelingen des Allrussischen Buchdruckerverbandes zur Aufnahme in die Buchdrucker-Internationale wurde verworfen, da sein Verband gleichzeitig zwei Internationales angehören könne. Der Kongress sprach sich für den Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam) aus.

Die Textilarbeiter.

Am dem vom 19.—24. d. M. in Paris tagenden Internationalen Textilarbeiterkongress nahmen 96 Delegierte teil, die 1500 200 Mitglieder vertrat. England war durch 35 Delegierte vertreten, Deutschland hatte 25, Belgien 11, Frankreich 7, Dänemark 4, Tschechoslowakei (deutsch) 4, Tschechoslowakei (tschechisch) 2, die Schweiz und Holland hatten je 2 Delegierte entsandt. Amerika, Desterreich und Ungarn waren aus persönlichen und organisatorisch-technischen Gründen nicht vertreten.

Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Ausbau des Streikfonds, für den eine Reihe wichtiger Bestimmungen, die Stärkung und Kräftigung des Fonds betreffend, angenommen wurden. Hinsichtlich der Arbeitszeit wurde die 48stündige Arbeitswoche als Höchstmaß für zulässig erachtet, täglich höchstens acht Stunden bei Schichtwechsel, am Sonnabend nur vier Stunden. — Zur Behebung der Arbeitslosigkeit wurde eine Resolution angenommen, die ausspricht, daß die kapitalistische Produktionsweise die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen könne, sondern daß die sozialistische an ihre Stelle treten müsse, wenn das Ziel erreicht werden solle. Zum Punkt „Betriebsdemokratie und Betriebsräte“ wurde besonders betont, daß zwar das Betriebsratsgesetz in Deutschland nicht allen Erwartungen, die man in es gesetzt hatte, entspricht, aber doch immerhin Fortschritte gebracht habe und zu weiteren Fortschritten benutzt werden könne. Die Washingtoner Arbeiterkongresse, die das Internationale Arbeitsamt und sein Wirken wurden eingehend besprochen und dabei der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiterchaft der Welt diesem Institut seine Unterstützung nicht verweigern werde, da es, wenn die Arbeiterchaft es wolle, durch die in ihm verkörperte Macht der Arbeiter zu höherer Wirtschaftlichkeit gebracht werden könne. Es wurde noch gerügt, daß die französische Regierung keinen Ausländer in Frankreich als Gewerkschaftsfunktionär dulden wolle. Schließlich wurde eine Resolution gegen den Krieg angenommen, er soll durch Verweigerung aller Arbeit, die der Kriegswirtschaft dienen könnte, unmöglich gemacht werden. Ferner wurde eine Resolution für den Wiederaufbau angenommen, durch die erklärt wird, daß er nur möglich sei bei Verringerung des Friedensvertrages zugunsten der im Kriege unterliegenden Staaten und bei erhöhter und ausführender Wirtschaftspolitik, die nicht auf Verringerung und Beschränkung einzelner Länder und Volkswirtschaften hinausläuft, sondern als Ziel nur das gleichmäßige Wohlergehen aller Länder, Völker und Volkswirtschaften kennt.

Der Kongress war der zehnte seiner Art und hat sicher — noch dem langjährigen Kriege — zur Wiederherstellung der durch den Krieg etwas gelockert gewordenen Beziehungen viel beigetragen. Gegen das anscheinende Kapital in den Hauptländern der Textilindustrie ist eine Macht zusammengeschrieben, die als freigeschaffene und als sozialistisch gerichtete Fronte dem Kapital gewiß noch viel zu schaffen machen wird.

Der nächste Kongress soll 1924 in Neapel stattfinden.

Die deutsche Delegation auf dem Kongress läßt uns folgende Erklärung zugehen:

„Die Unterstützung der streikenden Textilarbeiter in Nordfrankreich durch den Internationalen Textilarbeiterkongress mit 200 000 Fr. hatte ein deutscher Delegierter begründet. Eine gewisse Presse, worunter die „Münchener Post“, stellt die Sache nun so dar, als sei diese Summe nicht aus Mitteln der Textilarbeiter-Internationale, sondern aus den Mitteln des deutschen Textilarbeiterverbandes erfolgt. Das Mißverständnis ist durch die Bemerkung, diese Geldsumme werde Deutschland teuer zu stehen kommen. Das kapitalistische Frankreich werde Deutschland derart zur Last fallen, daß es in Zukunft zur Unterstützung französischer Streiks keinen Frank und keine Mark mehr aufbringen kann.

Selbst in dem Bestreben, der freigeschaffenen Organisation der Textilarbeiter am Zeug zu fügen, verweigert sich kein Augenblick die internationale kapitalistische Interessensolidarität. Einen Streik bzw. Streikende zu unterstützen ist in den Augen dieser Gesellschaft schon an sich eine Todsünde, wenn nicht gar ein „Verbrechen“.

Hätte tatsächlich der Deutsche Textilarbeiterverband diese 200 000 Frank aus seiner Kasse bezogen und dieser Besche wäre wirklich daran gelegen, eine falsche Schlussfolgerung auf französischer Seite daraus zu ziehen, müßte sie über die Unangelegenheit hinweggehen, um nicht die Aufmerksamkeit jener Seite darauf zu lenken. Im Gegenteil; man stellt den Vorgang falsch dar und schlägt auf den selbstgemachten Popanz los, in der Voraussetzung, daß schließlich doch etwas hängen bleibt.“

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1920.

Der Jahresbericht der Gewerkschaftskommission Deutsch-Österreichs bietet einen recht erfreulichen Rückblick auf das Jahr 1920. Er zeigt recht deutlich, was proletarische Einigkeit vermag. Während in fast allen für die Gewerkschaftsbewegung im Frage kommenden europäischen Ländern die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften im letzten Jahre gesunken ist, kann aus Deutsch-Österreich das Gegenteil berichtet werden. Die freien in der Gewerkschaftskommission zusammengeschlossenen Verbände zählten am Ende des Berichtsjahres 900 828 Mitglieder. Inzwischen haben die öffentlichen Angestellten, die Ende 1920 156 038 Mitglieder zählten, ihren Mitgliederbestand verdoppelt, so daß es in Österreich heute über eine Million freigeschaffene, organisiert Arbeiter und Angestellten gibt. Fast die Hälfte dieser Gewerkschaftsmitglieder befindet sich in Wien. Auch die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder ist außerordentlich gestiegen. Diese Tatsache ist weniger erfreulich, zeigt sie doch, wie sehr die Frau ins Erwerbsleben gezwungen wird, weil der Mann allein nicht mehr die Möglichkeit hat, für sich und seine Familie die Kosten des Lebensunterhaltes aufzubringen. Im Jahre 1913 zählten die österreichischen Gewerkschaften 42 979 und im Jahre 1920 215 176 weibliche Mitglieder. Das ist eine Steigerung von 400,41 Proz., während in derselben Zeit die Zahl der männlichen Mitglieder von 372 216 auf 688 643, also um 48,23 Proz. gestiegen ist. Ganz bedeutend vermehrt haben sich im letzten Jahre die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften. 1919 wurden eingenommen 29 261 457,49 Kr. Die Ausgaben beliefen sich auf 20 702 713,17 Kr. Im Jahre 1920 erhöhten sich diese Summen auf 86 718 584,56 beziehungsweise 60 791 244,08 Kronen. Von den 88 Verbänden, die der Gewerkschaftskommission angehören, verfügen 8 Verbände über ein Vermögen von 14 Millionen bis 124 Millionen. Der Kreis Metallarbeiterverband weist eine Verschönerung seines Vermögensstandes von 1913 auf. Die Zentralverbände geben insgesamt 49 deutsche Fachblätter mit einer Auflage von 927 350 Exemplaren heraus. Von diesen Blättern erscheinen 4 wöchentlich, 10 vierzehntäglich, 8 zweimal monatlich und 27 einmal monatlich. Alle Blätter erscheinen in deutscher Sprache, nur die Land- und Forstarbeiter lassen 5000 Exemplare ihres Organs in tschechischer Sprache erscheinen.

Lohnregelung in den Waschanstalten.

Eine gut besuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen in Waschanstalten und Wäschereieinrichtungen tagte am Dienstag in den Sophien-Eilen, um Stellung zu nehmen zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen mit folgenden Firmen: Erste Berliner Wäschmanufaktur (Franz Wagner); Königsbäckerische Dampfwaschanstalt (Dr. Gumbrecht u. Co.); Robert Gohlke, Wäschereibetrieb (Joh. Oppenheimer); W. Müller, Wäschereibetrieb. Das Referat wurde von Fr. Schumacher erstattet, nach dessen Ausführungen langwierige Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeber schließlich zur Bewilligung einer Lohnzulage von rund 30 Proz. führten. Die Stundenlöhne sollen betragen für Männerinnen 4,10 Kr., Auszubehrende 4,25 Kr., Zeichnerinnen 4,10 Kr., Beschäftigte Frauen 4,25 Kr., Durchlaufende 4,10 Kr., Zuschlägerinnen 4 Kr., Kollerinnen 4,10 Kr., Faltnerinnen 4,10 Kr., Legerinnen 4 Kr., Abnehmerinnen 4 Kr., Plättereigehilfen 4 bis 4,35 Kr., Expedientinnen 4,25 bis 4,50 Kr., Plättlerinnen 5,15 Kr. (Jugendliche von 14—16 Jahren 2,50 Proz. und von 16—18 Jahren 15 Proz. weniger.) Arbeiterinnen für Verfertigung verschiedener Arbeiten sollen — wie bisher — den Höchstlohn erhalten. Für Wäschmeister bis vier Wäschrinnen soll der Wochenlohn 370 Kr. und wo mehr Wäschrinnen zu bedienen sind, 405 Kr. betragen. Wäschmeisterinnen erhalten den gleichen Lohn. Räumliche Hilfskräfte 360 Kr., jugendliche bis zu 17 Jahren 25 Proz. weniger. Aufscher und Mitfahrer über 19 Jahre (ohne Futtergeld) 420 Kr., jugendliche Beplerer 150—250 Kr. Der Tarif soll ab letzte Septemberwoche gelten.

Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit den von der Verhandlungskommission getroffenen Vorschlägen einverstanden. Die Kommission wird nun auch mit dem Arbeitgeberverband der anderen Firmen und den Außenleitern in Verhandlung treten.

Der Tarifvertrag für Wagen- und Kuroserienfabriken zwischen dem Allgemeinen Angestelltenbund (Aia) Ortskartell Groß-Berlin und dem Arbeitgeberverband dieser Fabriken vom 1. August 1920 ist nach erfolgter Fertigstellung des Rohtraps zum Breite von 1,20 M. im Aia-Bureau, Westendallee 7/10, III, erhältlich.

Zur Minderung der Arbeitslosigkeit beabsichtigt die englische Regierung einen Berkehrungsfonds von 20 Millionen Pfund vorzuschlagen. Minister Mason bezieht die Lage als ernst.

Der Streik der irischen Eisenbahner dauert fort, auch auf der Great Southern Railway mußte der Betrieb vollkommen eingestellt werden, da es zwischen Unternehmern und Arbeitern zu keiner Einigung kam.

Generallstreik gegen Lohnherabsetzung. Nach einer II-Meldung aus Chicago haben die Eisenbahner Amerikas mit einer Mehrheit von 180 000 Stimmen den Generallstreik beschlossen, wenn die Lohnherabsetzung durchgeführt werden sollte.

Zentralverband der Angestellten. Patentamt-Bureau: Öffentliche Versammlung morgen 7½ Uhr, Allee 10, 10. Etage, 61.

Wirtschaft

Die Marktbefände in Nordschleswig.

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt:

In den an Dänemark grenzenden Gebieten Nordschleswigs befinden sich noch ungefähr 500 Millionen deutscher Mark an Sparkasseneinlagen usw. Bei dem Kurssturz der Mark verlieren diese Bestände von Tag zu Tag an Wert. Die Inhaber dieser Markguthaben, meist Kleinsparer und Leute ohne größeren Vermögen, die sich ihre Spareinlagen in jahrelanger harter Arbeit abgearbeitet haben, sind in großer Sorge um das weitere Schicksal dieser deutschen Geldbestände. Sie können auf der einen Seite den Verlust, der bei der Umwechslung in fremde Werte entsteht, nur schwer tragen und empfinden andererseits das verlustreiche Lager als ebenso drückend. Es wäre Pflicht der deutschen Reichsregierung, hier schützend und helfend einzugreifen. Es gäbe z. B. den Ausweg, die Markguthaben nach Deutschland zurückzuführen und den Inhabern dafür aus Deutschland als Kompensationswert zusammen zu lassen. Einer gewissen Bitterkeit gegen Deutschland, die sich sonst nur allzu leicht einschleichen könnte, würde dadurch der reale Boden entzogen.

Wir möchten hierbei darauf hinweisen, daß nach Nordschleswig in die Sparkassen und Banken kurz vor der Grenzschließung auch Beträge gebracht worden sind in der Absicht, auf diese Weise der Kapitalsteuer zu entgehen oder eine Kapitalentscheidung zu erreichen. Die Haderlebener Bank vergebens seinerzeit ein außerordentliches Anschwellen der Einlagen in den nordschleswigschen Geldinstituten. Natürlich dürfen die Interessen der wirklichen kleinen Sparer, die in Nordschleswig anwesend sind oder es waren, nicht durch die Nachschüssen der Kapitalflüchtlinge geschädigt werden. Aber es müßte bei ihrer Abfindung unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß nicht auf Kosten der Allgemeinheit neue Abtretungsgewinne entstehen.

Devisenkäufe der Sowjetregierung. Eine Verfügung des Rates der Volkskommissare beauftragt das Finanzkommissariat mit dem Ankauf von Gold, Platin und ausländischen Devisen im Bereich der Sowjetrepublik zu festen Preisen, die vorher in Abhängigkeit vom ausländischen Markt festgelegt und veröffentlicht werden. Allen übrigen Behörden und allen Privatpersonen ist der Ankauf untersagt.

Aus der Partei.

Stellungnahme zum Parteitag.

Hamburg, 28. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine überfüllte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Altona-Ottensen nahm gestern abend den Bericht über den Parteitag in Götting entgegen. Nach lebhafter Aussprache wurde gegen wenige Stimmen folgende Entschließung gefaßt: „Die Parteiverammlung stellt sich auf den Boden der für die Taktik entscheidenden Beschlüsse des Göttinger Parteitages, insbesondere erkennt die Parteiverammlung an, daß durch die aufgestellten Mindestforderungen ein Zusammenarbeiten in Koalitionsregierungen mit anderen politischen Parteien ermöglicht wird. Die Parteiverammlung erwartet aber von den in diese Regierung berufenen Vertretern der Sozialdemokratischen Partei, daß sie sich mit allem Nachdruck nicht nur für die in der Parteivorstandsresolution festgesetzten Mindestforderungen einsetzen werden, sondern darüber hinaus den nicht angeführten Wünschen und Forderungen der Genossen, besonders der in der Entschließung nicht erwähnten Reorganisation der Rechtspflege Geltung zu schaffen versuchen. Die Schaffung des Göttinger Parteiprogramms wird als eine Tat bewertet. Die Parteiverammlung hofft, daß es der Sozialdemokratie in ihrem Kampf um die Erringung des Endzieles Wegweiser und Sturmbanner sein wird.“

Aus aller Welt.

Dem Völkerverbund ist's zu teuer. Die vielen Klagen aus Belgien über die teilspiessige Lebensweise in Genf und die überhöhten Forderungen der Hoteliers und Gastwirte haben dazu geführt, daß die Regierung des Kantons Genf den Staatskanzler damit beauftragte, alle Klagen der Völkerverbündeten entgegenzunehmen und die verschiedenen Fälle zu untersuchen. Die Kantonsregierung hat dem Völkerverbund von diesem Beschluß Kenntnis gegeben. Wie man weiß, hat die Teuerung in Genf verschiedene Belagerten, die aus politischen Gründen die Verlegung des Völkerverbundes wünschten, zum Vorwande gedient, um diese Frage in den Kommissionen aufzuwerfen.

Schiffungslad auf der Donau. Der ungarische Dampfer Ilvan (Stefan) ist auf der Donau gesunken. Der Besatz und die Bemannung sind ertrunken. 25 Waggons Mehl, die für zwei Gemeinden in der Nähe von Wien bestimmt waren, sind dabei verloren gegangen.

Schweres U-Boot-Unglück in Amerika. Nach einer Reuter-Meldung aus Los Angeles ist bei dem Untergang des amerikanischen U-Bootbootes im Hafen von San Pedro 10 Mann der Besatzung ertrunken.

Departement Montblanc. Der Generalrat von Hoch-Savoien hat den Beschluß gefaßt, die Regierung zu ersuchen, den bisherigen Namen in „Departement Montblanc“ abzuändern.

Ein Clemenceau-Denkmal wird am Sonntag in St. Hermine enthüllt. Clemenceau wird bei dieser Gelegenheit eine Rede halten. Im Anschluß daran soll er heilig gesprochen werden.

Das große Pariser Warenhaus „Printemps“ (Der Frühling) auf dem Boulevard Haussmann steht seit heute vormittag in Flammen. Alle Pariser Feuerwehren sind an der Brandstätte tätig.

Secantio. für den redakt. Teil: Dr. Berner Verlag, Charlottenburg; für Anzeigen: W. Glade, Berlin. Verlag: Formlich-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlagsbuchhandlung u. Verlagssankt Pauli Etnar u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Korbmöbel
kaufen Sie am vorzuziehbarsten direkt beim Hersteller
A. Lesdau
Werkstätten für seine Korb-
möbel. Fernspr. Neukölln 1159
Ausstellung u. Verkauf nur
Neukölln, Anzengruberstraße 29

Allg. Ortsrententafel für Berlin-Steglitz.
Bekanntmachung.
Die Vertreter der Arbeitgeber und Beschäftigten im Ausschuß werden hiermit zu der am Freitag, den 7. Oktober 1921, abends 8 Uhr, im Witzhaus „Sohnenwiese“, Mittelstr. 2, hier, stattfindenden außerordentlichen
Ausschusssitzung
eingeladen.
Tagesordnung:
1. Geschäftliche Mitteilungen.
2. Die Bereinigung mit der Allgemeinen Ortsrententafel für Berlin-Steglitz.
3. Berichtlesen.
Berlin-Steglitz, den 25. September 1921.
Der Vorstand,
Karl Lahr, Vorsitzender.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehende
Trauringe
1 Trauring, Duk. gold . . . von 75 M. an
1 Trauring, Duk. gold (schwere Ausführung) 260 M.
1 Ring, 865 gest. . . . von 68—200 M.
1 Ring, 333 gest. . . . von 30—100 M.
Garantiescheine l. gesetzl. Goldinhalt.
Ankauf v. Gold-, Silber-, Platinbruch
infolge Selbstverwertung zu denkbar günstigen Preisen!
Brillanten zum Auslandskurs.
H. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 30. Telefon: Norden 1030

Metall-Bettstellen
Kinderwagen, Bett-
federn, Korbmöbel
Fürst, Neukölln
Hermannstraße 35
Ecke Mahlower Str.
Fabrik f. Rubebetten, Aufzuge-
matten u. Feldbettstellen
Lieferung
frei Haus

Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
May Motel, Schneidermeister
Neukölln, Ringbahnstraße 88 = Tel. 909
Spezial für höchste Staatsdiener. Viele Anerkennungen und
Dankschreiben. 1208

Metallbetten
Stahlmatratzen, Rindereitem
die an Preis, Ratol. 90A frei
Ehemalige Fabrik Cuxi (Thür. 7

Schweißfuß - Leidende sollten nur den antiseptischen Fußpuder „Pfeifferol“ benutzen. Besitzt den lästigen Schweißgeruch und verhindert Brennen und Wunden werden der Fuß. Streudose 2,50 und 2 Mark. Reicht mehrere Monate.
Präservativ-Creme „Pfeifferol“ - das ideale Mittel gegen
Ersichtlich in Apotheken und Drogerien. Apoth. Otto Pfeiffer & Pichler, Berlin N 56.

Haut-Geheimts
Unterleibschmerzen, Spasmen, Krämpfe und veraltet, bei Männern u. Frauen; ohne Verschreibung.
Geheimtschmerz über 30 Jahre bewährt durch
Geheimtschmerz - Schmerz u. Behandlungsmittel:
1-1, 4-7, Sonntag: 9-11 - Gelblichlich f. Hebr-
schmerz und Migräne- und Natur-Geheimtschmerz.
Berlin SO 16, Reichstr. 10b (Wf. Jannowstr.).
Prof. Dr. med. P. Mistelsky, Arzt,
approb. im Auslande, v. d. russ. Regierung 1907.
30jährige Praxis